

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/145

Bonn, den 4. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 1a | <u>Gestörtes Verhältnis der Demokratie</u> Anmerkungen zu den Bekenntnissen Dr. Hecks Von Hans Jürgen Wischniewski, Bundesgeschäftsführer der SPD | 61 |
| 2 - 3 | <u>Zeit für einen Wechsel</u> Von Golo Mann | 69 |
| 4 - 5 | <u>Freisenausgleich über Ländergrenzen</u> Impressionen im Urlaub 1969 | 67 |
| 6 | <u>Fremdenverkehrspolitik</u> Diesmal liegt Spanien ganz vorne | 45 |

Gestörtes Verhältnis zur Demokratie

Anmerkungen zu den Bekenntnissen Dr. Hecks

Von Hans-Jürgen Wischniewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Kurz vor dem Bundestagswahlkampf hat sich der Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno Heck, in eine Auseinandersetzung begeben, deren sehr subtiler Charakter von den sonst eher zu Simplifikationen neigenden Unionspolitikern eigentlich gar nicht zu erwarten war. In dem Bemühen, die Alternativen zwischen den beiden großen Parteien "redlich" klar zu machen, versucht Heck, einen Beitrag zum Demokratieverständnis in CDU und SPD zu leisten.

Anhand einer Äußerung Willy Brandts wirft der CDU-Generalsekretär den Sozialdemokraten vor, daß sie die gesamte Gesellschaft demokratisch gestalten wollten. Das bedeute, so schreibt Heck, "daß in einer vollkommenen Demokratie, wie sie den Sozialdemokraten vorschwebt, alle Formationen der Gesellschaft: Vereine, Betriebe, Schulen, Hochschulen, Kirchen, Organisationen, ja die Familie und das kulturelle Leben, nach den Merkmalen demokratischer Ordnung gestaltet sein müssen". Für die CDU demgegenüber sei Demokratie lediglich "Form der politischen Herrschaft im Staat", sei "eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Bereiche widersinnig".

Heck ist durchaus im Recht, wenn er hier von einer Alternative spricht. Denn die SPD ist in der Tat der Auffassung, daß unsere demokratische Ordnung nicht nur für die Organe des Staates gültig sein kann, sondern auch die Gesellschaft erfassen muß, in der wir zusammenleben. Nur formal demokratisch strukturierte Staatsorgane als verhüllendes Mäntelchen, das eine undemokratische Gesellschaft vor neugierigen Blicken abschirmt - das ist keine Demokratie. Das war auch nicht das Ziel der Väter des Grundgesetzes, dessen Artikel 20 - "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und

sozialer Bundesstaat" - weit mehr impliziert als eine demokratische Fassade staatlicher Organe.

Wir sind uns bewußt, daß die Aufgabe, Demokratie innerhalb der ganzen Gesellschaft anzusiedeln, auch nach 20 Jahren Bundesrepublik noch nicht erfüllt ist - nicht zuletzt aufgrund des anhand der Überlegungen Hecks erkennbaren starken Widerstands der in diesem Zeitraum regierenden CDU/CSU. Nicht grundlos forderte Bundespräsident Dr. Heinemann in der Rede, die er bei seiner Amtsübernahme vor dem Deutschen Bundestag hielt: "Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden".

Weite Teile unserer Bevölkerung nehmen dieses Ziel sehr ernst. Das zeigt sich in dem Drängen der Arbeitnehmer nach Mitbestimmung, das zeigt sich an den Hochschulen, in den Zeitungs- und Rundfunkredaktionen und in vielen anderen Lebensbereichen. Die Menschen in diesem Lande wollen nicht gegängelt werden, sondern die Entwicklung unserer Gesellschaft aktiv mitgestalten. Auch die Diskussion innerhalb der Kirchen - zuletzt sichtbar auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart - kennzeichnet diese Entwicklung.

Heck kennzeichnet die SPD also völlig richtig: Sie wird sich immer bemühen, dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht zu werden, ihren Beitrag dazu zu leisten, daß Staat und Gesellschaft demokratisch gestaltet werden. Die CDU hingegen hat den Ausführungen Hecks zufolge die Absicht, den Begriff Demokratie zu relativieren, Demokratie nur als politische Herrschaftsform zu akzeptieren. Genauer: Sie will den Obrigkeitsstaat bewahren - kaschiert durch eine formaldemokratische Fassade.

Mir scheint es gut, daß diese Alternative vor der Bundestagswahl deutlich herausgestellt wurde. Denn die Bevölkerung unseres Landes ist gegenüber Versuchen, die Uhr zurückzustellen, empfindlicher geworden.

Zeit für einen Wechsel

Von Golo Mann

Wären die Sozialdemokraten 1966 nicht in die Große Koalition gegangen, hätten sie die CDU hilflos fortwursteln lassen, so wäre ihnen im nächsten September ein gewaltiger Wahlsieg sicher. Gerade diese Partei hat aber in Krisenzeiten noch immer die Nation über das eigene Interesse gestellt. Für die Nation war das gut.

Wir wollen die Leistungen der Großen Koalition nicht verachten. Das Allernotwendigste hat sie von Monat zu Monat geleistet, Minister und Fraktionsführer haben sich redlich geplagt. Verachten wollen wir auch nicht die nun weit zurückliegenden Erfolge der CDU. Niemand bestreitet die staatsmännische Größe Konrad Adenauers. Das ist aber nun ferne Vergangenheit. Bei den Bundestagswahlen geht es um die Zukunft.

Welche Möglichkeiten der Regierungsbildung gibt es, je nach dem Wahlausgang?

1. Eine Regierung der CDU, mit der kleinen Partei im Schlepptau, oder ohne sie. Das wäre ein Rückfall in das System Adenauer. Dies System taugt aber gar nicht, ohne seinen Meister, wie wir anno Erhard erfahren. Eine neue Führungsmannschaft ist seitdem nicht erschienen. Es wäre dieselbe verbrauchte alte Garde, wie damals.

2. Eine Fortführung der Großen Koalition. Sie würde, wie bisher, die notwendigsten Geschäfte schlecht und recht besorgen. Sie würde aber die ungeheuren gesellschaftlichen Aufgaben, die herandrängen, nicht frei und schöpferisch bewältigen. Denn die beiden Hauptparteien fügen sich zu keinem Ganzen. Sie ziehen nicht in derselben Richtung. Das Schicksal des Leberplanes, der helfen sollte, uns vom furchtbaren Zeit- und Nervenverschleiß der verstopften Straßen zu befreien, das Schicksal des Städtebauförderungsgesetzes, das mit der Bekämpfung des Bodenwuchers doch einen Anfang machen sollte, sind Beispiele dafür; die Außenpolitik ist ein anderes.

Die Große Koalition ist nicht für die Dauer. Sie war für eine kurze Krisenzeit gemeint. Dauert sie, so werden an ihren Flanken die extremen Parteien und Stimmungen weiter wachsen. Man wird weiterhin trampfhafte Versuche, sich nicht "rechts überholen" zu lassen, Demagogie, Angst, Stagnation werden die Folge sein. Für Aufbruch des Volkswirtschaftlichen und dem starken Mann wird lauter erötzen.

3. Eine Regierung der SPD, wieder mit oder ohne Bündnis mit der kleinen Partei. Das ist nicht möglich? Doch, es ist möglich. Es hängt von den heute noch unentschiedenen Wählern ab.

Die CDU hat 20 Jahre lang regiert. Jetzt sollte sie sich einmal in der Opposition erholen. Da kann sie neue, jüngere, zeitgemäßer denkende Leute an die Spitze bringen, die Alten in den wohlverdienten Ruhestand schicken. Auch die SPD hat in der Opposition, in der Länderarbeit, in der kommunalen Arbeit die Gestalt gewonnen, in der sie jetzt vor die Wähler tritt. So erst hat sie sich das Vertrauen breiter Schichten, auch der Wirtschaft, auch der Wissenschaft, erobert, das sie anfangs nicht hatte und das sie braucht.

Ludwig Erhards "Schaffe jeder, was er kann", "Bereichert euch", "Jeder für sich, Gott für uns alle" mag gut gewesen sein in den fünfziger Jahren. Es ist längst nicht mehr genug. Die andrängenden gesellschaftlichen Aufgaben können nur durch Planen im Voraus gemeistert werden, nicht, indem man hinter ihnen dreinläuft und sie anzugreifen versucht erst, wenn es zu spät ist.

Es ist spät, die deutschen Flüsse zu retten, wenn sie bereits zu Giftkloaken geworden sind.

Es ist spät, für genügend Krankenhäuser oder Kindergärten zu sorgen, wenn es soweit ist, daß Sterbende als "bloße Pflegefälle" aus ihren Betten vertrieben werden und Kinder für Kindergärten angemeldet werden müssen, noch ehe sie geboren sind, um dann vielleicht mit vier Jahren aufgenommen zu werden.

Es ist spät, für gute Wohnungen zu angemessenen Preisen zu sorgen, wenn Grundstücksspekulanten schon Tausende von Prozent verdient haben und Familien der mittleren Einkommensklassen fast die Hälfte ihres Einkommens für eine dünngebaute Wohnung hergeben müssen. Rechtzeitig hätten hier Plan und Gesetz sein sollen. Und so auf sehr, sehr vielen Gebieten.

Die SPD, nicht die CDU, ist die Partei des wissenschaftlichen Vorausplanens. Mit ihrer großen Denkschrift "Die Zukunft meistern" hat sie es schon im Jahr 1958 gezeigt. Sie ist die Partei der ganzen Gesellschaft und aller ihrer Interessen. Darum ist sie die Partei, die in den siebziger Jahren regieren sollte.

Preisausgleich über Ländergrenzen

Impressionen im Urlaub 1969

kr - Zweites Schulferienwochenende im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen: Viele starten erst jetzt (weil der Vati noch nicht eher Urlaub bekam). - Regler Verkehr auf der Autobahn Köln-Frankfurt. Bundesdeutsche, viele Holländer sind auf der Strecke. Auch auffallend zahlreiche Briten!

Bei den Briten hapert's offenbar noch an Kenntnis bundesdeutscher Verkehrsregeln. Ausscheren, einscheren, wieder ausscheren ... noch dazu mit Campinganhänger (aber ohne Anzeigen der Fahrtrichtungsveränderung): Bald hätte es bei einem Briten gerappelt!

Dicht belagert wie in jedem Urlaubsjahr: die Autobahnraststätten! Noch sensationeller (gegenüber 1968) die Preise: Ein knuspriges Brötchen mit (optisch verlockendem) Schinken an einem Parkplatz-Kiosk kostet 75 Pfennig. Beim näheren Hinschauen aufs Brötcheninnere verliert sich der Belag hauchdünn und nur nach außen dekoriert. Im "Brötchenzentrum" klappt ein Loch, als hätte eine Maus am Schinken genagt.

Doch weil die "Maus" hinter der Theke zwei Beine hat und das Brötchen aus dem Eisschrank dem Kunden reicht, vermag man schnell zu konstatieren: Unverschämter Preisaufschlag beim "Autobahnraststätten-Brötchen", mindestens 100 Prozent! Bei der wenig lang ausgefallenen Bockwurst schätzungsweise 150 Prozent. Beim Kuchen ist es ähnlich.

Dem Reisenden verschlägt's den Atem ob solcher Preisgelüste in den "monopolisierten" Raststätten und Kiosken!

Auffallend schnell fließt der rege Verkehr an diesem Schulferienwochenende. Der erste (und einzige) Verkehrsstau zwischen Köln und Frankfurt tritt kurz vor dem Frankfurter Kreuz auf, der zweite (und letzte) auf der Strecke bis München folgt zwischen Ulm und Augsburg. In beiden Fällen waren Unfälle die Ursache.

Also hat sich des Bundesverkehrsministers totales Fahrverbot für Lastwagen an Ferienwochenenden auf den Autobahnen vollstends bewährt. Noch dazu, wenn man bedenkt, daß 63 Prozent von dem Zweidrittel aller Bundesbürger, die laut Statistik Urlaub fernab vom Wohnort machen, per Auto in die Ferne schweifen und jedes Jahr Zehntausende neuer Automobile hinzukommen. Ein Segen ist Lebers amtliche "Radikalkur" geworden!

Aus dem einfachen Grunde, weil bundesdeutsche Kultusminister bis dato noch nicht der "Weisheit letzten Schluß" für eine sinnvoll abgestimmte Ferienordnung gefunden haben, muß des Bundesverkehrsministers "Radikalkur" fortdauernden Bestand erhalten. Denn 1969 wollen 49 Prozent aller bundesdeutschen Reiselustigen (1968 waren es 45 Prozent) mit dem Auto das Ferienzeil im Ausland anfahren. Nur am Rande notiert werden sollen die rd. 7,5 Milliarden DM, welche Bundesdeutsche (mit Fernweh) auch in diesem Jahr in Länder importieren, deren Nationalbudget durch den Fremdenverkehr ausgeglichener als durch Warenexport ist.

Unbewußt steuert also Bundesbürger XYZ seinen Obulus zum Ausgleich jener vieldiskutierten Zahlungsbilanz bei. Des Bundesbürgers Griff ins Portemonnaie geht diesmal noch tiefer, kletterte doch der Preisindex von Mai 1968 bis Mai 1969 in Nachbarländern beträchtlich: in den Niederlanden um 8,5 Prozent, in Frankreich um 6,5 Prozent und in Großbritannien (wie in den USA) um 5,5 Prozent, in der Bundesrepublik hingegen (dank Schillerscher Wirtschaftspolitik) lediglich um 2,7 Prozent. Im Ausland muß der Bundesdeutsche noch mehr bezahlen als daheim, was andererseits bundesrepublikanische Urlaubsmanager auf den Plan hätte rufen sollen, um die Chance zu nutzen, Hotels, Pensionen und Gasthäuser preiswerter anzubieten.

Abgesehen von Ausnahmen, die - leider - verschwindend gering sind, hat die westdeutsche Ferienindustrie diese Chance auch diesmal wieder nicht auszuschöpfen verstanden. Das steht bereits fest!

Wenn auch das Preisverhältnis zwischen dem Schnellimbis an Bundesautobahnen und an privaten Kiosken nebst Raststätten abseits von Autobahnen nicht in westdeutschen Ferienländern wiederkehrt, weiß die eigene Ferienindustrie doch viele Landsleute gehörig zu schröpfen. Wodurch garantiert zahlreiche Bundesbürger, die Ferien auf bundesdeutschem Boden verbringen, verleitet werden, im nächsten Jahr ins Ausland zu pilgern: Denn zuletzt reisen sie in diesem Jahr im Heimatland nicht billiger als im (amtlich teureren) Ausland, weil überall - an Norddeutschen Küsten, in Bayern oder sonstwo - für den "Preisausgleich über Ländergrenzen" hinweg gesorgt wurde.

Fremdenverkehrspolitik

Diesmal liegt Spanien ganz vorne

H.D. - Bis Ende 1969 werden 20 Millionen ausländische Touristen Spanien besuchen - eine Schätzung, die nach dem bisherigen Zustrom ausländischer Urlauber nicht übertrieben erscheint. Wer sich der Mühe unterzieht, dem Geheimnis dieses spanischen Erfolges nachzuspüren, wird nicht umhin können, die Fremdenverkehrswirtschaft Deutschlands und Frankreichs mit zum Vergleich heranzuziehen. Die meisten EWG-Länder betreiben nämlich keine gezielte Fremdenverkehrspolitik und betrachten den Tourismus zwar als eine schöne Zusatzeinnahme, aber ein lästiges Übel, dem man nie mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, als dringend erforderlich erscheint.

In diesen Tagen beraten Spaniens Hoteliers bereits mit den Fremdenverkehrsgremien über die Saisonpreise für 1970. Diese treten auf den Kanarischen Inseln bereits im November 1969 in Kraft und behalten das ganze kommende Jahr über ihre Gültigkeit. Der offizielle "Guia de Hoteles", ein über 1 200 Seiten starker Wälzer des Fremdenverkehrsministeriums, gibt also zuverlässige Auskunft über alles, was der Tourist an Leistungen zu erwarten hat und welches Entgelt in jedem Falle gefordert wird. Preiswürdigkeit und -ehrlichkeit gelten als oberste Richtschnur; sie sind das eigentliche Geheimnis des sensationellen Fremdenverkehrserfolges, der im letzten Jahr selbst das klassische Urlaubsland Italien erstmals übertraf. In den meisten EWG-Ländern wird es mit diesen Tugenden nicht sehr genau genommen, Frankreich und die Bundesrepublik bilden hierin leider keine Ausnahme. Die Leistungen spanischer Hotels liegen vergleichsweise höher als in deutschen Betrieben gleicher Preiskategorie. Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik sind für den Touristen heute gleichwertig mit den Kosten in Frankreich, in einzelnen Fällen liegen sie sogar über dem französischen Niveau.

Auch die Bundesrepublik wollte das spanische Beispiel der Fremdenverkehrswerbung nachahmen und brachte im Ausland einen "Deutschen Hotelführer" der Bundeszentrale für Fremdenverkehr heraus. Weil es in Deutschland, anders als in Spanien, eine Fremdenverkehrspolitik noch nicht gibt, mußte denn dieser Hotelführer auch mangelhaft ausfallen. So wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die angegebenen Inklusivpreise - an und für sich ein Fortschritt - "dem Stand der Drucklegung" entsprechen, sich aber ändern können, natürlich mit Aufwärtstrend. Ein Ausländer, der dieses Buch zur Hand nimmt, wird deshalb kaum ermutigt, Deutschland als Urlaubsland zu wählen. Im Hinblick auf eine geplante Fremdenverkehrspolitik - sie ist ohne die aktive Mitarbeit aller einschlägigen Gewerbebetriebe nicht zu erreichen -, liegt Spanien allen EWG-Ländern um eine ganze Nasenlänge voraus. Man sollte den Fremdenverkehrsmanagern einmal empfehlen, das spanische Beispiel nicht nur zu loben, sondern auch zu studieren und, den eigenen Bedingungen angepaßt, tatsächlich nachahmen. Die ersten Fremdenverkehrsländer, die dies erkannten, sind Jugoslawien und Portugal. Im übrigen Europa: bisher Fehlanzeige.